

Herforder Zeitung

Bezugspreis 120.00 M.

monatlich. Bei Postbezug 120.00 M. u. Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Reinstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83
Postfach Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 3.00 Mark

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford
Reklamen die Zeile 10.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 231

Herford, Dienstag, den 3. Oktober 1922

40. Jahrgang.

Vor dem Staatsgerichtshof.

Beginn des Rathenau-Mordprozesses in Leipzig.

Mitb. Berlin, 3. Okt. In Leipzig beginnt heute der Prozeß gegen die wegen der Ermordung Rathenaus Angeklagten. Vormittags um 9 Uhr wird die erste öffentliche Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik die Verhandlung beginnen. Die Anzahl der Pressesitze mußte mehr als verdoppelt werden, soviel Zeitungs-korrespondenten aus dem Reich und dem Auslande haben sich angemeldet. Für das Auditorium sind 600-700 Karten ausgegeben worden. Den Vorsitz führt Senatspräsident beim Reichsgericht, Dr. Hagena, neben ihm sitzen Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten u. Reichsgerichtsrat Dr. Böhm. Dann die Laienrichter, Rechtsanwält Fehrenbach, der frühere Reichskanzler, Professor Dr. van Galle, der Demokrat Grelenz, der Sozialdemokrat Hilbert und der Unabhängige Jaekel. Richter und Vertreter politischer Parteien Deutschlands in einer Person. Die Verteidigerbank ist mit den Rechtsanwälten Eichberg, Bloch, Held, Gollnitsch, Grevling, Hahn, Kuntzebrun und Sack besetzt. Zu dem Prozeß sind 22 Zeugen geladen, deren Vernehmung jedoch erst für den zweiten Verhandlungstag vorgesehen ist. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. GERMAYER. Die Beschuldigungen gegen die einzelnen Angeklagten sind folgendermaßen abgefaßt: Ernst Werner Tschow wird der Mittäterschaft, sein Bruder Gerd der Beihilfe und Begünstigung, der Student Willi Günther, der Kaufmann Hfemann des gleichen Delikts, der Student Steinbeck, der Privatdetektiv Niedrig, der Kaufmann Warneck und der Bankbeamte von Salomon werden der Beihilfe, der Kaufmann Diestel der Begünstigung, der Schriftleiter Hartmann Pleß und der Kaufmann Vob wegen Vergehens gegen § 139 des Strafgesetzbuches (Nichtanzeige drohender Verbrechen) und endlich der Kapitänleutnant a. D. Dietrich und der Schriftsteller Dr. Stein der Beistandsleistung zur Flucht der Mörder beschuldigt. Es ist möglich, daß das Vergehen gegen die beiden letzteren abgetrennt wird.

Die Getreideumlage.

Vom Kampf der Parteien. — Heute Verhandlungsbeginn.

Mitb. Berlin, 3. Okt. Das Reichskabinett wird heute zusammenkommen, um sich mit der Angelegenheit der Preisfestsetzung für das Umlagegetreide zu befassen. Es ist schon jetzt vorauszufragen, daß sich die Beratungen außerordentlich schwierig gestalten werden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei beriet gestern bereits über die Preisgestaltung für Umlagegetreide. Die Meinungen waren sehr verschieden; ein Teil der Sozialdemokraten war für die Notwendigkeit einer Erhöhung der zwangsweise zu liefernden Getreidemengen. Auch die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die von den Gewerkschaften bei den sozialdemokratischen Parteien beantragt war, wurde erörtert. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß für eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft wenig Aussicht besteht. Nur für Zucker käme irgendeine Form der Zwangswirtschaft evtl. in Frage. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß eine Erhöhung des Brotpreises notwendig sei, da auch die bisherigen Umlagepreise erhöht werden müssen. Dieser Vorschlag der Prüfungskommission, die Umlagepreise auf etwa 35 Prozent des freien Marktpreises festzusetzen, wird von der Landwirtschaft als völlig unzureichend bezeichnet. Außerdem sind von den Gewerkschaften Proteste gegen eine Preisfestsetzung eingelaufen. Die Lage hat sich infolgedessen außerordentlich kompliziert.

Waffenpause an den Meerengen.

Eine Konferenz mit Waffenstillstandsverhandlungen in Mudania.

Die akute Krise im nahen Orient ist vorüber. Kemal Pascha hat durch den Außenminister von Angora, Jusuf Kemal, an Poincaré eine Antwort schicken lassen, die ein deutliches Einlenken der Türken bekundet. Kemal Pascha ist viel zu klug, als daß er nicht wüßte, daß ein bewaffneter Zusammenprall mit den Engländern ihn um alle Chancen bringen würde. Er hat zunächst die Engländer in Tschana eingekreist, um ihnen sozusagen ad oculos zu demonstrieren, wie leicht er sie auf dem vorgeschobenen asiatischen Posten abschneiden kann. Jetzt aber verkündet er feierlich, daß der Wechsel erteilt worden ist, die militärischen Operationen sowohl in der Richtung auf Konstantinopel wie auf Tschana sofort aufzuhalten. Freilich eine Bedingung stellt er dabei: Thrazien und Konstantinopel sollen unverzüglich von den Griechen geräumt und der Nationalversammlung von Angora zurückgegeben werden. Kemal selbst kommt nicht zu der Konferenz von Mudania. Er schickt den General

Das Neueste vom Tage

Infolge der Zurückhaltung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften hatte die Feuerungsdemonstration der Berliner Betriebsräte nur eine verhältnismäßig geringe Beteiligung.

Auf Grund des Versailler Vertrages ist in Halle (Saale) der „Bismarckbund“ aufgelöst worden, weil er militärische Übungen abgehalten und seine Mitglieder im Gebrauch von Kriegswaffen ausgebildet hat.

In Leipzig ist der 15. deutsche Pazifistenkongreß eröffnet worden. Als erster sprach Prof. Mendelssohn-Bartholdy über die „Einschränkung des Souveränitätsbegriffes“.

Durch einen regelmäßigen Luftdienst soll zwischen London und Köln ein deutsch-englischer Luftverkehr eröffnet werden.

Unter vorläufigen Vereinbarungen haben die Seeleute in Le Havre die Arbeit wieder aufgenommen.

Am Sonnabend ist eine direkte Luft-Verbindung zwischen Paris und Konstantinopel eröffnet worden.

Die Sowjetregierung hat Truppen nach Sibirien geschickt, um die „weiße“ Regierung im ostsibirischen Küstengebiet zu verjagen, sobald die Japaner abgezogen sind.

Dollarkurs:

Gestern: 1812,73 (amtliche Notierung).
Heute: 1860 (vom. 10 Uhr — Freiverkehr).

Ismid Pascha, der in diesem kleinen Orte an der Küste des Marmarameeres heute eintreffen wird. Frankreich hat bereits die Einladung angenommen, und auch der englische Ministerrat hat sich zur Besichtigung der Konferenz von Mudania bereit erklärt. Ja, aus London verläutet sogar, daß die Engländer bereit seien, das ganze Tschanagebiet zu räumen. Damit würde erwiesen sein, daß Kemal Pascha die englische Empfindlichkeit im richtigen Moment getroffen hat. Freilich der Frieden wird in Mudania noch nicht geschlossen werden und das große Fragezeichen ist Griechenland. Werden die Griechen die Vorankunft gleichfalls beschließen? Ihr Vertreter würde dort zweifellos die Frage zu beantworten haben, ob Griechenland bereit ist, aus Thrazien herauszugehen. Das ist eine doppelt peinliche Frage, angesichts der Tatsache, daß die griechischen Generale soeben eine Revolution mit dem Ziele der Behauptung Thraziens veranstaltet haben. Aber auf der anderen Seite bleibt den Griechen die Beantwortung dieser Frage doch nicht erspart. Allerdings haben für die eigentlichen Friedensverhandlungen auch die Türken noch Schwierigkeiten. Ihr Verbündeter Rußland wird sich um keinen Preis ausschalten lassen wollen. Aber diese Sorge tritt zunächst zurück. Vorläufig dürfte von der Konferenz von Mudania die Entscheidung darüber abhängen, ob es zu einem Waffenstillstand kommt oder nicht.

Bildung einer höchsten Instanz in Griechenland.

ut. Athen, 2. Okt. Am Sonnabend hat sich als höchste Instanz und Kontrollorgan der Regierung der Oberste Revolutionsrat konstituiert, der aus den Obersten Gonatas und Plastiras, sowie dem Kapitän Phocás besteht. In einem Aufruf wird erklärt, daß der Rat keine parteipolitischen Ziele verfolgen werde, sondern daß er sich lediglich zur Aufgabe mache, die Armee zu reorganisieren und Thrazien zu retten. Die venizelistische Presse betont, daß das Konzentrationskabinett bis zu den Wahlen am Ruder bleiben werde und daß die venizelistische Partei sich bis dahin passiv verhalten werden wird.

ut. Athen, 2. Okt. Das Revolutionskomitee gibt in einer Proklamation bekannt, daß es sich nicht auflöse, sondern darüber wachen werde, daß die neue Regierung das Revolutionsprogramm bis in alle Einzelheiten durchführe. Die Nationalversammlung gilt als aufgelöst. Ein besonderes königliches Dekret wird nicht mehr veröffentlicht. Ministerpräsident Zaimis hält sich augenblicklich in Wien auf und wird in etwa einer Woche in Athen eintreffen, um die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die Ankunft des neuen Außenministers Politis, der sich jetzt in Paris aufhält, steht noch nicht fest, da Politis erst nach Rücksprache mit Venizelos die Rückreise nach Athen antreten wird.

Abreise König Konstantins nach Italien.

ut. Athen, 2. Okt. Am Abend des ersten Oktober verließ die gesamte königliche Familie mit Ausnahme des Prinzen Paul, der jetzt Thronfolger ist, die griechische Hauptstadt. Auch König Georg wohnte der Abreise bei, ebenso zahlreiche Freunde der königlichen Familie. König Konstantin wird sich vorläufig nach Italien begeben. Es ist wahrscheinlich, daß er sich auf Sizilien niederlassen wird.

Preussischer Landtag

Eine Rede Desfers zur Lage der deutschen Wirtschaft.

Die große Leuerungsdebatte im preussischen Landtage zeigte leider das übliche Bild: Ausnutzung des großen Wirtschaftsproblems für parteipolitische Zwecke und Wünsche von Interessentengruppen. Der demokratische Abg. Desfer betonte in seiner Rede demgegenüber mit Recht, daß parteipolitische Auseinandersetzungen uns nicht aus der Not herausbringen. Er beklagte, daß bis jetzt eine einheitliche nationale Willensbildung nicht gelungen sei. Da auch die Außenpolitik parteipolitisch angepackt werde, folge jeder Reparationskrise immer auch eine innenpolitische Krise. Dann wandte sich Desfer der Wirtschaftspolitik zu. Die Plänen einer großzügigen Wirtschaftspolitik seien noch nicht sichtbar, so notwendig auch eine solche sei. Es sei erforderlich, das ganze Volk und die gesamte Öffentlichkeit auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Desfer ging zunächst auf das Kohlenproblem ein. Er wies darauf hin, daß der Verlust Oberschlesiens die Lage verschärft habe. Die deutsche Eisenbahn sei auf englische Kohlen angewiesen. Schuld daran trage der allzu späte Abschluß des Ueberschichtenabkommens. Ein zweites Problem, das in voller Öffentlichkeit durchgesprochen werden müsse, sei das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Produktionssteigerung. Dann ging Desfer auf die landwirtschaftlichen Produkte ein. Die Landwirtschaft habe von jeher behauptet, daß sie das deutsche Volk restlos ernähren könne. Jetzt sei der Augenblick, das Versprechen wahr zu machen. Desfer sieht keine Heilung darin, daß man immer nur über die Preise streite. Solange der Warenmangel andauere, müßten die Preise in die Höhe klettern. Das wirtschaftliche Blut Deutschlands ströme in den Reparationsleistungen aus, was übrig bleibe würde von den Fremden aufgesaugt. In Deutschland werde jetzt mehr oder weniger allgemeiner gearbeitet, wie je zuvor. Keine Arbeitskräfte würden durch den Heeresdienst abgezogen, fast der gesamte weibliche Teil der Bevölkerung arbeitete. Ein Teil dieser ungeheuren Arbeitsleistung ginge für die Reparationen auf, ein Teil erschöpfe sich im Leerlauf der Wirtschaft. Desfer stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht die Arbeitszeit das Entscheidende sei, nicht aber eine große Gefahr in der nahezu gleichmäßigen Entlohnung hochwertiger und geringwertiger Arbeit. Mit diesem Prinzip müsse endgültig gebrochen werden. Die Gleichheitsmacherei schädige die Arbeiter und schädige ebenso die Wirtschaft selbst, letztere durch den Rückgang der Qualität, erstere dadurch, daß die Freude an der Arbeit bei der schematischen gleichmäßigen Entlohnung herabgemindert werden müsse. Die Republik müsse den großen Versuch machen, die Schwierigkeiten zu beheben, aber ein jeder müsse sich auch fragen, ob wir in Deutschland wirklich unsere Kräfte bis auf das Letzte angespannt haben, und ob jeder Einzelne die Opfer gebracht habe, die er bringen muß und kann. Desfer schloß seine groß angelegte und mit Beifall aufgenommene, über den üblichen Parteihad der weit hinausragende Rede mit den Worten, die jedermann beherzigen sollte: „Zum Teufel mit der Parteipolitik. Nur die Volkspolitik kann uns retten.“

Herford und Minden-Ravensberg

Menfliche Glückseligkeit besteht in erfolgreichem Handeln.
Aristoteles.

3. Okt.

Herforder Mieten ab 1. Oktober.

Das Mieteinigungsamt schreibt uns: Es bestehen Zweifel, wann die nach dem Reichsmietengesetz zu zahlende Miete fällig ist. Nach § 1 des Reichsmietengesetzes kann der Vermieter dem Mieter gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnet werden soll. Das hat die Wirkung, daß die gesetzliche Miete von dem ersten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässig sein würde,



an Stelle der bisher gezahlten Miete tritt. Wenn also ein Mietverhältnis mit vierteljährlicher Kündigungsfrist vorliegt und der Vermieter dem Mieter bis spätestens am 4. Juli 1922 erklärt hat, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes berechnet werden soll, so hat das die Wirkung, daß die erhöhte Miete, wenn sie vierteljährlich im voraus gezahlt wird, am 1. Oktober und wenn sie vierteljährlich nachträglich gezahlt wird am 1. Januar 1923 zu zahlen ist.

Handelt es sich um ein Mietverhältnis mit monatlicher Kündigungsfrist, dann ist die erhöhte Miete, wenn sie im voraus gezahlt wird, am 1. August 1922 und bei nachträglicher Zahlung am 1. September 1922 fällig gewesen. Der Unterschied zwischen der alten und neuen Miete ist dann nachzuzahlen. Also nochmals kurz zusammengefaßt, handelt es sich um ein Mietverhältnis mit vierteljährlicher Kündigungsfrist, dann ist die erhöhte Miete für die Monate Oktober—Dezember 1922 und handelt es sich um ein Mietverhältnis mit monatlicher Kündigungsfrist, dann ist die erhöhte Miete für die Monate August—Dezember 1922 zu zahlen.

Es wird den Vermietern anheimgegeben, bei der Berechnung der neuen Mieten wie folgt zu verfahren:

Friedensmiete vom 1. Juli 1914
Davon ab 20 % für die in der Friedensmiete enthaltenen Betriebs- und Instandsetzungskosten
Ergibt die Grundmiete von

- Hierzu kommen:
1. 10 % der Grundmiete für die Steigerung der Zinsen der Vorkriegsbelastung und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung
 2. 40 % der Grundmiete für Verwaltungskosten und Betriebskosten, die nicht umgelegt werden
 3. 100 % der Grundmiete für laufende Instandsetzungskosten
 4. Ein weiterer Zuschlag bis zu 150 % der Grundmiete für ausgeführte große Instandsetzungsarbeiten (vergl. § 4 der Verordnung des Magistrats)
 5. Eventl. einen Zuschlag für gewerbliche Räume, vergleiche § 2 Ziffer 3 der Verordnung des Magistrats
- Ergibt mithin eine Gesamtmiete von

Außerdem sind die nachfolgenden Betriebskosten und Nebenleistungen anteilig d. h. im Verhältnis zu den Grundmieten zu tragen: Grund- und Gebäudesteuer, Kanalgebühren, Straßenreinigungskosten, Müllabfuhrgebühren, Schornsteinfegergebühren, Kosten für Treppen- und Flurbeleuchtung, Kosten der Versicherung gegen Feuer, Haftpflicht, Glas- und Wasserleitungsschäden, Wohnungsbauabgabe, Wassergeld einschließl. Wassermessermiete (nach Kopfszahl der Hausbewohner berechnet). Ferner hat jede Mietspartei die Kosten für das Tapezieren oder Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, für das Streichen der Fußböden und Fenster und das Anstreichen der Türen in ihrer Wohnung einschließl. der zu ihrer Wohnung gehörigen Nebenräume, ferner die Kosten der Instandhaltung der zu ihrer Wohnung einschließl. Nebenräume gehörigen Ofen und Badeeinrichtungen, Kolläden und Jalousien zu tragen. — Abdrücke vorstehender Berechnungsart sind im Geschäftszimmer des Mietvereins gegen Erstattung des Selbstkostenpreises erhältlich. Bei dieser Gelegenheit wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Geschäftszimmer des Mietvereins am Montag und Donnerstag und an allen übrigen Nachmittagen geschlossen ist.

Die Theatergemeinschaft Herford-Bielefeld.

Die Direktion des Bielefelder Stadttheaters erläßt folgende Veröffentlichung, aus der deutlich hervorgeht, welchen Vorteil von der Theatergemeinschaft — Bielefeld hat: Die Verhandlungen mit der Stadt Herford, deren Abschluß sich immer erneut die größten Schwierigkeiten entgegenstellten, sind nun soweit gediehen, daß der Vertragsabschluß als gesichert gelten kann. Es werden demnach, sobald die praktischen Vorbereitungen beendet sind, wöchentlich 2 Schauspielaufführungen und eine musikalische Aufführung im Herforder Stadttheater stattfinden. Das Stadttheater in Herford

wird hierzu pachtfrei und gegen freie Heizung, Licht und Wasser von der Stadt Herford zur Verfügung gestellt. Es ist weiter durch diesen Interessenvertrag, der sich auch, soweit das Orchester in Frage kommt, auf Deynhansen ausdehnt, möglich geworden, das städtische Orchester Herford erneut für ein Jahr zu verpflichten, und wird Bielefeld durch dieses Abkommen für die 7 Wintermonate mit $\frac{1}{2}$ der Orchestergehälter belastet. Für diese Aufwendung steht das Herforder städtische Orchester für sämtliche musikalische Aufführungen in Herford und für alle hier gebrauchte Verstärkung, sowohl im Theater, wie in allen Konzerten, ohne besondere Entschädigung — außer den reinen Fahrtkosten — zur Verfügung. Alle Einnahmen, welche sich aus anderweitiger musikalischer Tätigkeit, abgesehen von Privatunterricht, durch die Beschäftigung des Orchesters in Herford ergeben, fließen dem Stadttheater Bielefeld zu.

Abgesehen von den künstlerischen Vorteilen, welche den musikalischen Veranstaltungen in Bielefeld durch die Möglichkeit, das Orchester zu verstärken, zugute kommen, ist zu erwarten, daß auch das finanzielle Ergebnis der Vorstellungen in Herford ein so gutes sein wird, daß eine Entlastung des städtischen Zuschusses der Stadt Bielefeld zu erhoffen ist. Auch die Ansicht, die in den letzten Jahren hier wiederholt auftauchte, daß das Schauspiel des Stadttheaters Bielefeld nicht genügend ausgenutzt werden könne, wird nunmehr durch die Vereinigung mit Herford hinfällig, da das Schauspiel, wie schon oben erwähnt, zweimal wöchentlich in Herford beschäftigt werden wird.

Jegliche, welche die Stadt Bielefeld belastende Folgerungen können aus der Uebnahme des Herforder städtischen Or-

Um unseren Lesern die
Bezahlung der Abonnementsgebühren zu erleichtern, richten wir
vom 1. Oktober ab

Wochenkarten für Abholer

ein. Bezahler, welche die
Zeitung von unserer
Geschäftsstelle abholen,
haben wöchentlich
28,50 Mark
zu entrichten. Die
Bezugsgebühr beträgt
monatlich 120 Mark
bei freier Zustellung.

chesters nicht entstehen, da der Vertrag nur eine finanzielle Belastung für $\frac{1}{2}$ der Wintermonate vorsieht und jedes weitere Risiko der Stadt Herford als Arbeitgeber des Orchesters zufällt. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß durch eine Vereinigung mit Herford die hiesigen Kunstinstitute auf eine breitere Basis gestellt werden, und wenn die Vorteile dieses Zusammengehens auch nicht sofort in Erscheinung treten werden, so ist doch bestimmt zu hoffen, daß bei einer dauernden Zusammenarbeit die beiden Unternehmen geschäftlich so ausgebaut werden können, daß sich die Lasten tatsächlich auf zwei Schultern verteilen.

h. Das Programm des demokratischen Parteitages in Elberfeld. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei hat in der letzten Woche noch einmal das Programm der Parteitageverhandlungen durchgesehen und sieht nunmehr für die Tagung, die am 9. und 10. Oktober in der Stadthalle in Elberfeld stattfindet, das folgende Programm vor: Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 9 Uhr: Sitzung des Parteiausschusses, der neben dem Geschäfts- und Rassenbericht und der Vorbereitung der Leitung des Parteitages

über die endgültige Tagesordnung zu beschließen hat. Nachmittags 2 Uhr: Beteiligung am Rheinischen Volkstag, der eine große Freundschaftsfeier für Reich und Rhein darstellen wird. — Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Begrüßungsabend. — Der Montag, 9. Oktober, beginnt vormittags 9 Uhr mit einer Reihe von Referaten über das große Thema „Deutschland in West und Ost“. Es sprechen über: „Die Lage im besetzten Gebiet“ Justizrat Falk-Köln; „Unser Verhältnis zu den Westmächten“ Prof. Brinkmann-Berlin; „Deutsche Not im Osten“ Oberpräsident Siehr-Königsberg; „Unser Verhältnis zu den Ostmächten“ Gefandter z. D. Niezler-Berlin. Anschließend Aussprache. — Nachmittags 4 Uhr werden geschäftliche Angelegenheiten behandelt. Den Geschäfts-, Rassen- und Rassenbericht erstatten die Herren: Landtagsabgeordneter Jansen, Reichstagsabg. Dr. Fischer, Senator Dr. Stubmann; daran schließt sich ein Referat über Organisation des Reichstagsabg. Erkelens. — Der Dienstag, 10. Okt., vormittags 9 Uhr bringt den Bericht der demokratischen Reichstagsfraktion, den die Abgeordneten Dr. Peterßen und Reimath, M. d. R. W. R., erstatten. Daran schließt sich die Aussprache und die Beratung der vorliegenden Anträge. Danach finden die Wahlen statt.

h. Dienstag-Wochenmarkt. Heute morgen betrug der höchste Preis für Butter 305 M. Eier kosteten 13 M. Kartoffeln wurden in sehr guter Qualität und in ziemlich ausreichender Menge zu 450 M der Zentner angeboten. Der Preis für Pfäumen wird von den Händlern auf 3—3,50 M. von den Erzeugern auf 2,50—3 M. festgesetzt.

h. Billige Kartoffeln. Im Gegensatz zu den noch immer bestehenden hohen Preisen für Kartoffeln können wir mitteilen, daß gestern auf dem hiesigen Güterbahnhof mehrere Waggons Kartoffeln einliefen zum Preise von 320 M für den Zentner. Das gibt uns die Gewähr, daß sich die Kartoffelfrage von selbst lösen wird, da Angebote in genügender Weise vorliegen und sich in Zukunft noch steigern werden.

h. Abermalige Erhöhung des Milchpreises. In der gestrigen Sitzung der Preisprüfstelle wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Milch ab Stall 25 M kosten und die Verdienstscheine für die Händler 7 M betragen soll, so daß das Liter Milch von heute ab 32 M kostet.

h. Schärfere Kontrolle des Zuckers. Ueber die Verwendung des Inlandszuckers soll auch in unserer Stadt in Zukunft eine schärfere Kontrolle ausgeübt werden. Nicht nur bei den Händlern soll sie eingehalten, sondern auch bei der Industrie, welche für Zuckerverarbeitung in Frage kommt.

h. Schwerer Einbruchsdiebstahl am Alten Markt. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in dem Manufakturwarengeschäft M. Rosenbaum am Alten Markt ein raffinierter Einbruchsdiebstahl vollführt worden. Die Ganer drangen durch die Haustür neben der Buchhandlung Menckhoff in das Haus ein und gelangten durch Ausbohren der Schlüssellocher in den Laden. Dort haben sie zwischen den kostbaren Stoffen umhergesehen, und da sie anscheinend in keiner Weise gestört wurden, war es ihnen möglich, die besten Stoffe sowie andere Konfektionsartikel zusammenzuraffen. Der Wert der von den Dieben erbeuteten Sachen beträgt etwa 200 000 M; der Schaden ist durch die Versicherung teilweise gedeckt, doch bleibt er noch beträchtlich hoch. Die Langfinger müssen in der vierten Morgenstunde eingebrochen sein, denn kurz zuvor hat noch ein Angestellter das Haus zwecks Antritts einer Reise verlassen, der jedoch alles im Laden und im Hause in Ordnung befunden hatte. Sehr begünstigt wurde der Diebstahl dadurch, daß die Häuserfront total im Dunkeln lag und von keinem Lichtlein einer Straßenlaterne beleuchtet war. (Dieser Zustand ist schon des öfteren an dieser Stelle gerügt, aber Abhilfe von maßgebender Seite leider noch immer nicht getroffen worden.)

— Schwierige Druckfachenfrage. Die Grenzen der Zulässigkeit schriftlicher Vermerke in Druckfachenendungen bestimmen neue Bescheide des Reichspostministeriums. Im Ladungs-, Einladungs- und Einberufungskarten darf der Name des Eingeladenen oder Einberufenen sowie Zeit, Zweck und Ort der Zusammenkunft im Inlandsverkehr handschriftlich vermerkt werden. Nicht zulässig ist dann aber ein gedruckter Nachsatz wie: „Das Erscheinen der Parteien in Terminen zur mündlichen Verhandlung ist nicht zweckmäßig, da nicht feststeht, ob in dem Termin verhandelt wird.“ Da-

Fünf-Uhr-See im Hotel Astoria.

45) Roman von Eise Rema.

Eines Tages sagte sie ihm wieder einmal sehr bestimmt ihre Meinung, als er die Aufnahme für ein Bild kurzer Hand verweigert hatte, weil ihn das Gesicht der betreffenden Frau nicht anregte.

„Herr Potthelm, Sie müssen sich mehr Straffheit, mehr geistige Disziplin angewöhnen. Sie geben sich selbst zu sehr nach. So, wie Sie es treiben, werden Sie niemals vorwärtskommen. Ich möchte bloß wissen, ob es Ihnen Ernst ist mit dem Geschäft oder ob Sie es nur zum Vergnügen betreiben. Mein Vater pflegt solche Leute wie Sie nicht gern in seinem Geschäft zu haben. Warum sind Sie nicht Künstler geworden? Denn Sie haben nicht die Spur von Geschäftsgestalt in sich. Sie sind ein Träumer, ein Schönheitsjünger. Bilder sind Bilder und werden bezahlt. Ob es nun ein kleiner dummer Sängling ist, der auf dem Sessel vor dem Apparat sitzt oder eine hübsche Frau, kann Ihnen doch wirklich gleichgültig sein. Sie nehmen das Geld und die Sache ist erledigt für Sie.“

Er verteidigte sich, doch sie ließ keinen Einwand gelten. Karlheinz Potthelm entwickelte mit Feuereifer, legte die Platten in die Fixierbäder, spannte sie, wenn sie so weit waren, in die Kopierrahmen, tonte, tinte, er gab sich alle Mühe, seine schöne Empfangsdaune zufriedenzustellen. Er machte Annahmen, wenn es nötig war. Er beobachtete jedoch eine gewisse Tatkraft, die ihm innerlich Vergnügen bereite. Wenn ein hübsches junges Mädchen kam, so sorgte Gräulein Wallbaum mit rührender Beflissenheit dafür, daß Herr Becker die Aufnahme besorgte.

Ihre Beziehungen hatten eine neue Färbung angenommen. Sie waren kameradschaftlich geworden, Carry verkehrte ohne Befangenheit wie mit einem guten Bekannten mit Herrn Potthelm, und das behagte ihm nicht sonderlich. Er war entschlossen, eine Wendung der Dinge bei der nächstbesten Gelegenheit herbeizuführen.

Carry Wallbaum an ihre Freundin Mary.

Meine neue Stellung behagt mir. Ich will es Dir offen gestehen: der eine meiner Chefs heißt Karlheinz Potthelm. Du siehst, der Mann ist kein Hochstapler, kein Einbrecher, kein Schieber, sondern, wie sie in Berlin sagen, ein richtiggehender Bildhauer. Nein, ganz richtiggehend doch nicht, denn er ist Stimmungs- und durch, Sorge nicht um mein Seelenheil. Karlheinz Potthelm verfügt über keinen Ueberblick, ein Temperament, er ist kühl, zurückhaltend und grüblerisch, skeptisch und misstrauisch gegenüber dem weiblichen Geschlecht. Ich fühle, daß er mich mit einem unbefangenen Argwohn betrachtet, und das machen meine eleganten Kleider, die ihm zu denken geben.

Ich sage es Dir im Vertrauen, er ist der erste Mann, der kühl im Verkehr mit mir bleibt. Ich werde in Zukunft die Huldigungen der Männer nach ihrem wahren Wert zu schätzen wissen, sie gelten der Stellung meines Vaters und meinem Reichtum, die Person selbst hat nichts mit der Liebe zu schaffen, die man uns armen Dollarprinzessinnen entgegenbringt. Mitgefühliger sind sie allesamt.

Mary, wenn ich bedenke, daß ich soviel Linte an die Psychologie eines Mannes verlore, der sozial so tief unter mir steht, an einen Mann, den ich daheim in meinem Salon nicht empfangen könnte, weil seine Stellung es nicht gestattet, den Inhaber eines photographischen Ateliers und nicht einmal einer künstlerischen Werkstatt, sondern einer Widerfabrik im höchsten Sinne des Wortes, Rahbinder! Dabei hat dieser schwarze Potthelm entschieden künstlerische Neigungen und einen guten Geschmack. Du solltest ihn einmal über berühmte Maler reden hören! Mit welchem Verständnis er das kann. Ich glaube, er ist ein verbummeltes Genie aus einer guten Familie, die nichts von dem verlorenen Sohn wissen will.

Manchmal habe ich nicht übel Lust auf und davon zu gehen, denn das geschäftliche Leben ermüdet mich nachgeade, ich fühle Neugier in den Gliedern prickseln, ich möchte nach Wiesbaden oder sonst wohin — — — irgendwohin — — — ich kenne selbst das Land meiner Träume nicht.

Deine Carry.

Sie hatte den Brief in aller Eile im Atelier geschrieben, weil gerade keine Kundschaft amnestend war, und ihre Geschäftsbücher konnten warten. Zum Schluß machte sie Kasse. Die wollte zu

ihrer Verwunderung nicht recht stimmen. Sie zählte und zählte, doch es blieb ein Fehlbetrag. Rechnete sie falsch? Oder woran lag es sonst?

Karlheinz Potthelm hatte sich seit drei Tagen im Atelier nicht sehen lassen und dieses Fernbleiben verstimmt sie. Wo war er wieder einmal hingegangen? Was dachte er sich dem eigentlich, sie allete mit diesem Herrn Becker zu lassen, der ihr herzlich wenig sympathisch war. Nun, wenn er sich wieder blicken ließ, wollte sie ihm ordentlich die Meinung sagen.

Herr Becker gab ihr zu denken. Er wurde mit jedem Tage lässiger und liebte es, den großen Herrn zu spielen. Kürzlich hatte er Carry sogar zu einer Kinderaufnahme rufen lassen, weil er sich beim Frühstück nicht stören lassen wollte.

Nach einem Zeitraum von fünf Tagen erschien Herr Karlheinz mit dem unbefangenen Gesicht von der Welt wieder im Atelier. Carry stand vor einem Brautpaar und besprach eine Aufnahme, als er das Empfangszimmer betrat, so daß sie sich zunächst auf eine sehr mißbilligende Miene beschränken mußte, um ihm ihre Empfindungen anzudeuten. Das Brautpaar verhielt sich sehr schweigsam zu allen Vorschlägen, die sie machte, und endlich kam es heraus, es fand die Preise zu hoch, im Warenhaus nebenan waren sie billiger.

„Da müssen Sie dorthin gehen, meine Herrschaften“, sagte Carry, „wir machen nur künstlerische Aufnahmen, wir liefern erstklassiges und müssen deshalb auf Preise halten.“

Die Wirkung war probat, das Brautpaar begab sich ins Atelier. Karlheinz Potthelm hatte bereits seinen Keimstock übergezogen und entwickelte in der Dunkelkammer mit Gummihandschuhen über den Händen. Während er interessiert beobachtete, wie sich die ersten dunklen Schatten auf der Platte zeigten, dachte er an die unangenehme Viertelstunde, die ihm bei Carry Wallbaum bevorstand, denn er mußte, daß sein Fernbleiben sie in höchsten Maße aufgebracht hatte. Er verstand es bereits, in ihren Mienen zu lesen und mit einem Lächeln sagte er sich, indem er frisches Wasser über die Platte laufen ließ, daß Carry eines Tages, falls es ihm glückte sie zu erringen, eine große Macht über ihn haben würde, weil sie zuvor noch niemand bei ihm besessen.

(Fortsetzung folgt).

Westfälischer Städtetag.

Unter Vorsitz von Oberbürgermeister Graff-Bochum fand am Freitag und Sonnabend bei zahlreicher Beteiligung in Bad Deynhausen der 38. westfälische Städtetag statt. Den Mittelpunkt der Verhandlungen am Freitag bildeten Vorträge von Oberbürgermeister Zimmermann-Buer und Beigeordneten Dr. Görtner-Gelsenkirchen über das Landessteuergesetz. Ersterer behandelte die Steuerverteilung, letzterer den Lastenausgleich, die Uebergangs- und Notstandsmaßnahmen. Die Ausführungen beider Redner gipfelten in folgenden Leitsätzen:

Der im September v. J. aufgestellte Entwurf einer Novelle zum Landessteuergesetz entspricht nur teilweise den vom Deutschen Städtetag gemachten Vorschlägen für einen den berechtigten Interessen der Gemeinden Rechnung tragenden Steuer- und Lastenausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Auch hat die in den letzten Wochen eingetretene unerhörte Geldentwertung, verbunden mit einer für die Gemeinden katastrophalen Kreditnot keine genügende Berücksichtigung in dem Entwurf gefunden, der höchstens die aus den Rechnungsjahren 1920 und 1921 herrührenden Fehlbeträge zu decken geeignet ist. Eine entsprechende Ergänzung nach dieser Richtung und die restlose Anpassung an die Forderungen des Deutschen Städtetages ist unbedingt zu erstreben. Unter anderem muß verlangt werden:

Sinsichtlich der Beteiligung an der Reichseinkommensteuer und der Körperschaftsteuer für ein bestimmtes Kalenderjahr ist für die Vorausleistungen die Länder und Gemeinden nicht der zuletzt festgesetzte Landesanteil, sondern das unberichtigte Veranlagungssoll des laufenden Kalenderjahres zugrunde zu legen. Die Verichtigungen können am Schlusse des Kalenderjahres ausgeglichen werden.

Die Ausschüttung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer hat sich nicht nur auf das Veranlagungssoll des laufenden Jahres, sondern auch auf die nach der Novelle zum Umsatzsteuergesetz vom 8. April 1922 zulässigen Vorauszahlungen zu erstrecken.

Die Verpflichtung des Reiches, bei Uebertragung neuer Aufgaben gleichzeitig die erforderlichen Mittel bereit zu stellen, muß dahin festgelegt werden, daß alle von einem bestimmten Zeitpunkt ab den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben als neu im Sinne dieser Bestimmung anzusehen sind. Als Stichtag muß rückwirkend mindestens der 1. April 1919 gelten.

Zur Bänderung der Kreditnot der Gemeinden hat das Reich unverzüglich alle von diesem für Kriegszwecke aufgenommenen Anleihen und schwebenden Schulden zu übernehmen.

Der Satz von 60 Proz. des Mehraufwandes für die Beamten und Angestellten über den Stand vom 30. Sept. 1921 hinaus ist im Hinblick auf die den Gemeinden verbleibende Beamtensold und die dauernde Erhöhung des Besoldungsaufwandes als bedeutend zu gering zu erachten. Es werden mindestens 90 bis 95 Prozent der Mehraufwands für die Gemeinden gefordert.

Den Sonnabendverhandlungen des Westfälischen Städtetages im großen Saale des Kurhauses wohnte Regierungspräsident Dr. Hagemeyer-Weidenfeld bei. Er eröffnete zum Beginn der Tagung das Wort und wünschte der Tagung reichen Erfolg. Voraussetzung für die Schaffung von besseren Verhältnissen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens sei ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von gemeinlichen und staatlichen Behörden. Das große Palladium der Selbstverwaltung, die geradezu das Rückgrat deutscher Kultur geworden ist, sei dem deutschen Volke in tiefen Krisenzeiten gegeben worden, die der Gegenwart in vieler Hinsicht vergleichbar wären. Die Einheit des Reiches sei aus dem Zusammenbruch gerettet worden, die Selbstverwaltung sei aber ein Messer ohne Klinge dadurch geworden, daß man den Gemeinden die Finanzhoheit zugunsten des Reiches nahm. Die Wiedergewinnung der Finanzhoheit an die Gemeinden sei die sichere Grundlage für eine Kräftigung der erschöpften Gemeinden. Der Redner sicherte dem Städtetag seinerseits zu, daß er mit allen Kräften für die Wiedererlangung der Finanzhoheit der Städte eintreten werde.

Einen Bericht über das Reichsmietengesetz erstattete Magistratsassessor Dr. Schanz-Dortmund. Der Redner bezeichnete das Reichsmietengesetz als typisches Kompromißgesetz. Immerhin sei es geeignet, seinen Zweck zu erreichen. Dieser Zweck sei einmal, eine übermäßige Wertsteigerung der Häuser ebenso wie eine Ueberbelastung

der Häuser zu vermeiden. Weiterhin soll durch das Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, die vorhandenen Wohnungen in ordnungsgemäßen Zustande zu erhalten. Durch das Reichsmietengesetz seien die Mieten ganz gewaltig gestiegen. Diese Steigerung aber kommt nicht dem Hausbesitzer sondern der Allgemeinheit und letzten Endes den Mietern zugute. Den Gemeinden unterliegt neben der Festsetzung der prozentualen Zuschläge zur Friedensmiete die Durchführung und Festlegung der Zustandsetzungsarbeiten und die Mietpreiskontrolle. Gegenüber den Hausrentenverfahren gab der Redner dem Sonderzuschlagsverfahren den Vorzug.

Die Finanzierung des Bauwesens war Gegenstand eines Berichtes, den Wohnungsamtsdirektor Dr. Strehlow-Dortmund gab. Als einzig wirksames Mittel zur Behebung der Wohnungsnot kann nach Ansicht des Redners nur die Wohnungsbauabgabe in Betracht kommen, durch die der Zins für alte und neue Wohnungen ausgeglichen werde. Hätte man schon vor Jahren diese Wohnungsbauabgabe erhoben, so hätte auch die private Bautätigkeit belebt werden können. Für neu zu schaffende Wohnungen sei die Finanzierung nach Möglichkeit aus der Wohnungsbauabgabe selbst durchzuführen, nicht aber auf dem Umwege von Anleihen. Die Höhe der durchschnittlich notwendigen Wohnungsbauabgabe errechnete der Redner auf 300 Prozent.

Ueber die Frage der Baustoffbeschaffung sprach in sachkundigen Ausführungen Direktor Vormbrock-Münster. Der Redner sagte seine Ausführungen wie folgt zusammen: Die Baustoffausfuhr ist auf das allergeringste Maß einzuschränken. Die Preispolitik der Baustoffindustrie und Kartelle ist einer genauen Prüfung zu unterwerfen. Abhängig sind Höchstpreise für Baustoffe und Bauteile festzusetzen. Aus staatlichen und kommunalen (nötigenfalls auch aus privaten) Forsten ist geeignetes Bauholz zu mäßigen Preisen an gemeinnützig arbeitende Baustoffbeschaffungsstellen zwecks Verarbeitung und Weitergabe an die gemeinnütigen und privaten Bauunternehmungen, soweit diese mit öffentlichen Baustoffen zu arbeiten, bereitzustellen. Die Baustoffindustrie und -Kartelle sind zu verpflichten, mit gemeinnützig arbeitenden Baustoffbeschaffungsstellen unmittelbare Lieferungsverträge über Baustoffe und Bauteile abzuschließen. Diese gemeinnütigen Baustoffbeschaffungsstellen sind durch Kapitalbeteiligung von Staat und Kommunen in weitestem Maße zu fördern. Weiterhin sind ihnen, und zwar zweckmäßig aus der Wohnungsbauabgabe, Mittel zur Verfügung zu stellen zur Beschaffung von Baustoffen und zur Beteiligung an Baustoffherstellungsbetrieben, um auf diese Weise eine Vermehrung und Verbilligung der Baustoffherzeugung herbeizuführen.

Nach einer ausgiebigen Aussprache, in der Stimmen für und gegen die Wohnungsbauabgabe laut wurden, wurden die Richtlinien dem Vorstand des Städtetages zur Weiterverfolgung übergeben.

Alsdann stand das höhere Mädchenschulwesen zur Beratung. Oberbürgermeister Cuno-Hagen legte seinen Ausführungen folgendes zugrunde: Der Westfälische Städtetag in Bochum hat im Jahre 1912 beschlossen: „Selbst die größeren Städte, in denen nicht besondere günstige Verhältnisse obwalten, ist die Errichtung einer besonderen Studienanstalt neben dem Gymnasium aus wirtschaftlichen und anderen Gründen unmöglich. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil die Abgabe von Zweigklassen mit dem Charakter der Studienanstalt das Gymnasium in seiner Werthschätzung herabdrückt. Es ist daher das dringende Bedürfnis vorhanden, durch Änderung der Bestimmungen von 1908 die Möglichkeit zu geben, diejenigen Mädchen, die sich dem Studium zuwenden wollen, mit einem Aufbau auf das Gymnasium (Obergymnasium) zum Abiturientenexamen zu führen.“

Der Westfälische Städtetag hält an dem 1912 eingenommenen Standpunkt fest, daß für die große Mehrzahl der Städte eine geradlinig zur Reife führende höhere Mädchenschule Bedürfnis ist. Die deutsche Oberschule kann als solche nicht in Betracht kommen, weil sie für die große Masse der Mädchen, die eine zur Reifeprüfung führende wissenschaftliche Ausbildung nicht erstreben, übermäßige Anforderungen stellt. Der Westfälische Städtetag hält deshalb auch jetzt noch das dringende Bedürfnis für vorliegend, den Oberlyzeen volle Berechtigung zu geben, nötigenfalls unter Verlängerung der Ausbildungszeit um ein Jahr gegenüber den Knabenschulen.

Volksgewinnliche Kunst.

Die Volksgewinnlichen haben sehr bald, nachdem sie die Fäden der Regierung übernommen haben, alle Denkmäler entfernt, die an die Vergangenheit erinnern. Nur das Denkmal des Jaren Alexander III. vor dem Petersburger Hauptbahnhof, anerkanntermaßen eines der künstlerisch hervorragendsten Denkmäler des alten Russland, ließ man unberührt stehen. Jetzt hat man, der „Times“ zufolge, einen Bierzeiler des sowjetrussischen „poeta laureatus“ Demian Wjedeny eingraviert lassen, der beleidigende Anspielungen auf die Romanow-Dynastie enthält.

Sport

Ell-Spiele am Sonntag.

Daß auch die unteren Mannschaften der Ell spielen können, beweisen die Resultate des Sonntag. Die 2. Mannschaft fertigte die gleiche Mannschaft des B. V. Deynhausen mit 3:0 ab. Ein technisches schönes Spiel, doch wäre den Spielern trotz allem Platzhalten anzurechnen. — Die 3. Mannschaft bestand ihren zweiten Punktestampf in Bad Deynhausen. Ein Spiel, eifrig auf beiden Seiten, mit allen Raffinesse durchgeführt, sah jedoch langsam aber sicher die technisch bessere Mannschaft zum Schluß mit 3:0 siegreich. — Die Jugendmannschaften der Ell waren ebenfalls überall siegreich. — b. —

Wirtschaftsleben

Berliner Börse vom 2. Oktober. Die ausländischen Zahlungsmittel zogen heute weiter an. Im Vorverkehr waren die Steigerungen gering. Der Dollar erreichte einen Höchststand von 1890. Bei Börsenbeginn sprang der Dollar plötzlich bis auf 1820, trotzdem der Umsatz außerordentlich gering war. Es scheint, daß für die stürmische Aufwärtsbewegung lediglich die Materialknappheit ausschlaggebend war. Große Kaufaufträge konnten nicht erledigt werden. Die Spekulation hält nach wie vor ihren Besitz zurück. Die amtliche Kursnotierung gestaltete sich bei den herrschenden Verhältnissen außerordentlich schwierig. Die Effektenbörse blieb geschlossen. Im Vorverkehr setzten sich die Kurssteigerungen der vorigen Woche fort. Am Devisenmarkt notierten amtlich: Newyork 1812,73, Paris 13732,80, Prag 5667,90, Budapest 72,90, London 7915,05, Italien 7690,35, Schweden 74690,30, Kopenhagen 63953,75.

Berliner Produktenbörse vom 2. Oktober. Der Besuch der Börse war außerordentlich gering. Umsätze wurden so gut wie gänzlich getätigt. Die Tendenz war fest. Es notierten amtlich: Weizen märk. 3500—4300, Roggen märk. 2100—3150, Wintergerste 2850—3050,

Sommergerste 3150—3450, Hafer märk. 3450—3525, Mais ohne Pro. 3500—3550, Weizenmehl 100 Kilogr. 9550—10200, Roggenmehl 8000—8600, Weizenkleie 1800—2000, Roggenkleie 1950—2000.

Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlungen:	2. Okt.		30. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam 100 fl.	69712,75	68321,70	63670,30	63329,70
Brüssel-Antwerpen 100 fr.	13883,85	13864,60	13635,85	13714,65
Christiania 100 Kr.	81061,10	82760,05	83024,90	83095,10
Kopenhagen 100 Kr.	36363,75	36372,0	38433,05	38568,95
Stockholm 100 Kr.	47690,30	48058,75	43245,85	43354,15
Helsingfors 100 finnische Mk.	3385,01	3634,55	3355,50	3604,50
Stallen 100 Lire	7690,35	6398,65	6976,15	6393,75
London 1 Pf. Sterl.	7915,05	7221,05	7191,00	7209,00
Paris 1 Dollar	1812,73	1632,04	1347,93	1652,07
Newyork 100 fr.	18792,80	12890,50	13524,30	12665,70
Berlin 100 fr.	33801,65	30763,20	30331,25	31038,75
Schweden 100 Kr.	27855,75	24630,75	24938,75	25031,25
Spanien 100 Pes.	248	251	2204,1	2247,1
Wien (Deutsch.-Oest. abg.)	5667,90	5632,19	5038,65	5081,85
Prag 100 Kr.	72,90	73,10	65,91	66,09
Budapest 100 Kr.	696,70	693,80	679,27	681,72
Buenos Aires 100 Pes.	1083,65	1171,85	928,75	986,25
Bulgarien 100 Bana	863,90	866,10	784,00	796,00
Japan 1 Yen	201,74	205,23	193,76	191,24

Verantwortlich für den Textteil: Franz Bierstedt; für die Anzeigen: Georg Befe; beide in Herford. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Bezogener noch der Inferent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Die Feuerungszuschußempfänger (Schwertriebsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegereltern), die einen Antrag auf Feuerungsvorschußzahlung gestellt bzw. Abtretungserklärung unterschrieben haben, können die Gutscheine im Laufe dieser Woche im Rathaus — Zimmer Nr. 37 — in den Vormittagsdienststunden abholen.

Herford, den 2. Oktober 1922.
Fürorgestellte
für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
Herford-Stadt.

durch verliere die Karte die Eigenschaft als Ladungskarte, so daß auch die handschriftlichen Vermerke nicht mehr zulässig wären. In Empfangsbescheinigungen über Wertsendungen oder Geldbeträge kann der Betrag, der Tag und die Nummer der Rechnung sowie die Zahl und Gattung der Gegenstände, auf die sich die Zahlung bezieht, handschriftlich oder mechanisch angegeben werden. Es ist aber nicht erlaubt, darin den Tag anzugeben, an dem der Betrag des Kassafontos angegeben werden. Es ist auch nicht zulässig die Art der Ueberweisung, Kassa, Postcheck usw. durch Unterstreichung der zutreffenden oder Durchstreichung der nicht zutreffenden Wörter zu bezeichnen.

Ein rabiaten Liebhaber. Am Sonnabend spät abends begab sich ein auf Stiftberg wohnender junger Bursche, namens Brinkmann, zur Walderholungsstätte, um ein dort vorübergehend angestelltes Dienstmädchen herauszufischen. Der Bursche glaubte in dem Mädchen eine „Bräut“ zu finden, als dieses jedoch nicht auf die Lockungen reagierte, ließ er sich herbei, mit Hilfe einiger „Freunde“ alsbald einen Höllelärm zu inszenieren. Der Kadav wurde so groß, daß die in dem Heim untergebrachten jungen Mädchen sich weigerten, zur Ruhe zu gehen. Am andern Tage verständigte man die Herforder Polizei, die abends sich in der Nähe postierte. Von dem Seladon war aber nichts zu sehen, bis plötzlich von einem Gasthofe auf Stiftberg im Erholungsheim dreimal unter Drohungen angerufen wurde, man werde auch heute abend erscheinen und — „bist du nicht willig, dann brauch' ich Gewalt!“ Als die jungen Mädchen wieder von dem rabiaten Benehmen des Burschen hörten, packten sie ihre Koffer und machten sich reisefertig. Aber der Höllelärm erschien diesmal nicht. Man machte ihn bald ausfindig, es wird ihm eine ganz exemplarische Strafe auferlegt werden.

Vielefeld. Ueber die bevorstehenden Bürgermeisterwahlen ist ein Kompromiß zwischen allen Parteien des Rathauses abgeschlossen. Danach werden gewählt Oberbürgermeister Stapenhorst und Beigeordnete Prietz (beide Wiederwahl) und Dr. Landgittel und Oster (beide sind Sozialdemokraten und treten neu in den Magistrat ein als befohlene Mitglieder). Es ist sehr bemerkenswert, daß Sozialdemokraten und Volksparteier zwei sozialdemokratische Bewerber ohne jeden Widerpruch akzeptieren. Ueber das Maß an Einigkeit, das daraus spricht, kann man nur seine Genugthuung aussprechen.

Vielefeld. Ein schwerer Autounfall, dem leider auch ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich am Sonnabend abend kurz nach 11 Uhr auf der Landstraße nach Dornberg zugetragen. Ein Kraftwagen kam der Straße von Peter auf'm Berge herunter, um in die Straße nach dem Jägerfrühe einzubiegen. Ein unglücklicher Zufall führte, daß in der Kurve einer der hinteren Reifen platzte. Dadurch kam der Wagen naturgemäß ins Schleudern und der Wagenführer, Ingenieur Harder, verlor die Gewalt über das Auto, das im nächsten Augenblick gegen einen Baum fuhr. Der Anprall war derart, daß der Wagen sich überstürzte und die vier Insassen herausgeschleudert wurden. Drei von ihnen kamen mit mehr oder weniger Verletzungen verhältnismäßig leichterer Art davon, während Ingenieur Harder so schwer verletzt liegen blieb, daß er mit dem Auto der städtischen Samariterwache abtransportiert werden mußte. Doch schon auf dem Wege zum Krankenhaus erlag der Ingenieur, der ein langjähriger zuverlässiger Fahrer, aber erst seit wenigen Wochen hier in Stellung war, seinen schweren Kopfverletzungen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Wiedenbrück. Auf dem Zuchtviehmarkt der Westfälischen Landwirtschaftskammer am Freitag in Dortmund ging ein einjähriger schwarzhafter Bulle aus der Herde des bekannten Züchters Oekonomierat Peikemeier in Lintel bei Wiedenbrück für den Preis von 1890 000 M. in den Besitz der Zuchtgenossenschaft des Kreises Wiedenbrück über. Das ist ein deutscher Rekordpreis.

Warburg. Gestohlen wurden dieser Tage dem Metzgermeister Rahme Fleisch- und Wurstwaren im Werte von über 80 000 M.

Münster. Oberpräsident Gonomowski hat jetzt gleichfalls im ehemals kaiserlich-königlichen Schloße Wohnung genommen, wo außer ihm auch der frühere Oberpräsident Dr. Waermeling, Generaloberst v. Einem und General v. Lohberg wohnen.

Gonsenheim. Auf dem Liebesplatze des Großen Sand ereignete sich ein schweres Unglück. Fünf Jungen aus Wiesbaden hatten eine Handgranate gefunden, mit der sie herumspielten. Dieselbe explodierte, wobei zwei der Jungen das Augensicht verloren und die drei anderen Jungen leicht verletzt wurden.

Gera. In Wallerdorf bei Gera wurde das Geschäft des Outfitters Prager durch ein Großfeuer vollständig eingeeäschert. Reichliche Vorräte wurden mit vernichtet. Das Feuer ist durch Brandstiftung entstanden und an vier Stellen zugleich ausgebrochen.

Kurhaven. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Kurhaven fuhr Freitag früh der von der Westfälischen Eisenbahn kommende Personenzug bei starkem Nebel über den Presshof bis in den Füll des Bahnhofgebäudes. Der zweite und dritte Wagen des Zuges fuhren ineinander, sechs Reisende, die auf der Plattform des dritten Wagens 4. Klasse standen, wurden eingeklemmt. Vier von ihnen wurden so schwer, die beiden anderen leicht verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört. Das Gebäude ist nur leicht beschädigt.

Eptingen. Ein Lebensmittelgeschäft in der Umgebung von Eptingen kaufte von einer englischen Firma einen Waggon Zucker. Als man den Waggon entlad, stellte es sich heraus, daß der Zucker in Originalpackungen der Firma Hagahäuser in der Pfalz sich befand, welche eine Zuckerraffinerie ist.

München. Die Amerikanerin Graham, die wegen Zuhälterei in Höhe von 300 Millionen M. vom Brüsseler Untersuchungsrichter gesucht und in einem vornehmen Münchener Hotel verhaftet wurde, wurde unter Bewachung eines Münchener Kriminalbeamten nach Brüssel abtransportiert. Sie wurde in Wochen der belgischen Behörde übergeben.

München. Schloß Elmau ist für den Monat Oktober der deutschen Studentenhilfe zur Aufnahme von 180 leidenden und unbedeutenden Studenten aus allen deutschen Universitäten und Hochschulen überlassen worden.

Christiania. Auf dem Militärflugplatz Kjeller stürzte ein mit zwei Fliegeroffizieren besetztes Flugzeug aus einer Höhe von 100 Metern ab, da der Motor aussetzte. Beide Offiziere waren auf der Stelle tot.

Paris. Gavas zufolge hat das Kriegsgericht in Amiens in Anwesenheit der deutschen Generalstabshauptmann Karl Pfingst zu 30 Jahren Zwangsarbeit und 20 Jahren Aufenthaltverlust verurteilt. Seine Verbrechen sollen in Diebstählen und Sittlichkeitsverbrechen bestehen.

